



Aus dem Inhalt

Aus dem Ortsverein	Seite 1
Einladung Grünkohlessen	Seite 2
Ehrevorsitzender des Ortsvereins	
Friedel Ahlers wurde 80 Jahre alt	Seite 2
Infostand an Meyers Garten	Seite 3
Bernd Lange: Energiewende jetzt anpacken – Arbeitsplätze sichern	Seite 3
Kerstin Tack: Vertrauen zurückgewinnen – Finanzmarktkrise bewältigen, VerbraucherInnen dauerhaft schützen	Seite 4

Regelmäßige Termine

Ortsvereinsvorstandssitzungen:

immer am letzten Donnerstag im Monat im Bürgerhaus Misburg um 18.30 Uhr

Frauentreff:

jeden 4. Montag im Monat momentan im „La Castagna“ an Meyers Garten um 19.00 Uhr - Anmeldung nicht nötig, schaut einfach mal vorbei zum Klönen und Essen!



Aus dem Ortsverein

Liebe Genossinnen und Genossen,

„Habemus Papam.“ – „Wir haben einen Papst.“ So oder so ähnlich scheinen sich viele die Vorstellung des SPD-Kanzlerkandidaten erträumt zu haben. Dieser Eindruck drängt sich jedenfalls auf, wenn man darauf zurückblickt, welches Theater um die Verkündung des Kandidaten veranstaltet wurde. Während Teile der Funktionäre auf Teufel komm raus ihren Zeitplan durchhalten wollten, hatten andere ihre Freude daran gefunden, genau diesen Plan zu torpedieren.

Der Unterschied zur Papstwahl in dieser Hinsicht ist ein gravierender: Während die Sixtinische Kapelle im Vatikan hermetisch von der Außenwelt abgeriegelt wird und erst durch weißen Rauch der Öffentlichkeit signalisiert wird, dass ein neuer Papst gewählt worden ist,

bewegt sich unsere Partei nicht im luftleeren Raum. Das „Habemus Papam“ der SPD verteilte sich im übertragenen Sinne schon vor dem weißen Rauch über die verschiedenen Medien unserer Zeit. So hatte Sigmar Gabriel nichts Neues mehr zu verkünden, sondern nur etwas, das jeder schon wusste.

Sicherlich hinkt der Vergleich der Festlegung eines Kanzlerkandidaten mit der Papstwahl an einigen Stellen. Unterm Strich bleibt jedoch stehen, dass in der Ebene der Bundespolitik ein Zeitplan zur Festlegung auf einen Spitzenkandidaten nicht mehr von den Parteien festgelegt wird, sondern von der Öffentlichkeit – geschürt von den Medien – diktiert wird.

Vorbei ist nun allerdings die Zeit der Alternativen. Sicher hatte jeder so seine Präferenz, ob nun Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier oder eben Peer Steinbrück unser Kanzlerkandidat werden soll. Ich persönlich bin mit der Wahl Peer Steinbrücks sehr zufrieden.

Auch über das Auswahlverfahren ist vielfach diskutiert worden. Ich hatte mich in einer älteren Ausgabe des misburg aktuell für eine Urwahl ausgesprochen. Diese ist jedoch nicht ernsthaft erwogen worden. Eines zeichnet sich jedoch schon jetzt ab: Während der Bundestagswahlkampf 2009 insgesamt recht still verlief, wird der Wahlkampf 2013 deutlich lauter. Peer Steinbrück wird den Finger in viele Wunden der Regierung legen. Er wird vielleicht auch Vorschläge machen, die einigen von uns nicht passen.

Zunächst freuen wir uns auf den Landtagswahlkampf. Diese Wahl kann je nach Ergebnis Auswirkungen auf die Trends für die Bundestagswahl haben. Positive Ergebnisse müssen auch vor Ort erkämpft werden. Es wartet jedenfalls eine spannende Zeit auf uns.

Wir freuen uns über Rückmeldungen zu den Beiträgen dieser Ausgabe des misburg aktuell oder zu anderen Themen.

Mit den besten Wünschen für die kalte Jahreszeit

Euer Sven Petters (Tel.: 05132 / 861 33 13)



Einladung zum Grünkohl- und Schlachteplatten-Essen

Wir laden Euch auch in diesem Jahr wieder recht herzlich ein zu unserem traditionellen Grünkohl- und Schlachteplatten-Essen am

**Freitag, dem 30. November 2012,
um 18.00 Uhr
ins Naturfreundeheim Misburg,
Am Blauen See.**

Für den Grünkohl mit Wurst, Fleisch und Kartoffeln ist in diesem Jahr ein Preis von 12,50 Euro pro Person zu entrichten. Die Schlachteplatte satt kostet 11,50 Euro pro Portion. Ein „Verteiler“ wird ebenfalls ausgeschenkt.

Um 18.00 Uhr wollen wir uns treffen, damit wir genügend Zeit haben zur Begrüßung. Etwa um 18.45 Uhr soll das Essen dann gereicht werden.

Wir freuen uns sehr auf ein Wiedersehen und erwarten gern rege Beteiligung.

**Bitte meldet Euch mit Eurem Essenswunsch
bis spätestens Sonntag,
dem 25. November 2012
bei Reinhart Ederhof
unter Telefon 58 00 63 an.**

*Sven Petters
Angelika Pluskota
Reinhart Ederhof*



Ehrenvorsitzender des Ortsvereins Friedel Ahlers wurde 80 Jahre alt



Am 3. Oktober 2012 konnte unser Ehrenvorsitzende Friedel Ahlers bei bester Gesundheit seinen 80. Geburtstag feiern.

Die vielen Gäste aus der Partei, Freunde, Nachbarn und Weggenossen waren ins Schützenhaus Anderten eingeladen, wo sie von Friedels Familie herzlich begrüßt wurden.

Es gab viele Ansprachen und Rückblicke auf Friedels Leben. Die launigste Rede hielt Gerd Andres, unser ehemaliger Bundestagsabgeordnete, der viele Jahre zu Friedels Leben zählte und ein Freund der Familie geworden ist.



Auch seine Kinder und Großkinder hatten einige Überraschungen vorbereitet. So wurde mit über 70 Gästen ein schöner Nachmittag bei Essen und Trinken verbracht.

Wir wünschen unserem Friedel noch viele glückliche Jahre im Kreise seiner Lieben.

*Sven Petters
Reinhart Ederhof*



Infostand am 27. Oktober an Meyers Garten

Anlässlich des 60. Todestages von Gustav Bratke beschlossen wir, einen vorgezogenen Wahlkampfstand an Meyers Garten aufzubauen. Wir hatten Kärtchen vorbereitet, auf denen etwas über das Leben und Wirken des Ehrenbürgers von Hannover, Gustav Bratke, geschrieben stand.



Das gute Wetter ließ es zu, unsere traditionellen Würstchen zu grillen. Infomaterial hatten wir auch organisiert, sodass unser Stand von den Mitbürgerinnen und Mitbürgern gut besucht wurde. Auch Kerstin Tack schaute gegen Mittag kurz am Stand vorbei, worüber wir uns natürlich besonders freuten.

„Es ist gut, aus der Vergangenheit für die Zukunft zu lernen“, so Kerstin Tack. Gustav Bratke hat Hannover gestaltet wie kaum ein anderer.



Energiewende jetzt anpacken – Arbeitsplätze sichern von Bernd Lange MdEP



Die Energiewende kommt nicht so recht in Schwung. Auch das Auswechseln des Bundesumweltministers hat nichts gebracht. Die Energiepolitik ist eine der ganz großen Herausforderungen gerade auch auf europäischer Ebene. Wir müssen die Abhängigkeit von fossilen Stoffen deutlich reduzieren und wir müssen Versorgungssicherheit auch für die europäische Industrie gewährleisten, um Arbeitsplätze zu sichern. Energiepolitik ist aus meiner Sicht keine nationale Aufgabe, sondern eine strategische Aufgabe der Europäischen Union, bei der auch mehr Kompetenzen nach Europa übertragen werden müssen.

Für die SPD-Gruppe im Europäischen Parlament bin ich zuständig für den Bereich Energieeffizienz. Dort liegt ein großes Potential. Energieanbieter müssen zu Energieeffizienz Anbietern werden. Effizienzleistungen stärken die Arbeit von regionalen Energie- und Klimaschutzagenturen und schaffen gerade im regionalen Handwerk Beschäftigung. Im Bereich der Energieeffizienz, kann die Energienachfrage bis 2050 um 41% gegenüber 2005/2006 gesenkt werden. Erneuerbare Energien könnten 2050 75% des Endenergieverbrauchs und 97% des Stromverbrauchs ausmachen. Um dies zu erreichen brauchen wir eine Beteiligung aller Betroffenen. Wir brauchen Investitionen. Und wir brauchen ein gemeinschaftliches europäisches Handeln, um erfolgreich zu sein.

Es ist gut, dass in dem Entwurf des SPD-Regierungsprogramms für Niedersachsen die Energiepolitik eine zentrale Rolle einnimmt. Eine SPDgeführte Landesregierung setzt im Energiebereich auf Effizienz und erneuerbare Energie. Das ist die Zukunft.

Mehr über meine Arbeit gibt es unter
www.bernd-lange.de

und alle 14 Tage in meinem elektronischen Newsletter „Europa.Info“, der hier kostenfrei abonniert werden kann:

www.bernd-lange.de/meta/newsletter.php



Vertrauen zurückgewinnen – Finanzmarktkrise bewältigen, VerbraucherInnen dauerhaft schützen von Kerstin Tack MdB

Mitte 2007 brach die Finanzkrise aus. Seit dem jagt eine Krise die nächste. Den Kern der Kritik stellt ein System dar, in dem Banken mit dem Geld der Gesellschaft auf Renditejagd gehen. Eine Renditejagd, für die die Akteure letztlich nicht haften. Die im Raum stehende Frage ist, wie dieser finanzmarktgetriebene Kapitalismus begrenzt werden kann. Peer Steinbrück hat als Antwort darauf sein Papier zur Bändigung des Finanzmarktes herausgegeben. Ein gutes Papier, in dem Peer Steinbrück einen politischen Weg aufzeigt, den entgleisten Bankensektor wieder zurück ins Gleichgewicht zu bringen. Die Kernforderungen werde ich im folgenden vorstellen. Die Rolle der Banken in unserem System hat aber nicht ausschließlich volkswirtschaftliche Relevanz. Vielmehr spüren auch Verbraucherinnen und Verbraucher die Auswirkungen – von exorbitant hohen Dispositionszinsen bis zur schlechten Finanzberatung. Ich beschäftige mich seit Beginn der Wahlperiode unter anderem mit dem finanziellen Verbraucherschutz. In diesem Rahmen habe ich diverse Anträge und Gesetze zum Anlegerschutz entworfen und wir haben sie als Fraktion in die Debatte des Bundestages eingebracht. Meine Vorschläge zur Verbesserung dieses Problems, möchte ich daher anschließen.

An der Entstehung der Finanzkrise waren die Banken beteiligt. Europäische Regierungen haben inzwischen 1,6 Billionen Euro für die Rettung ihres Bankensektors aufgebracht. Das entspricht 13% ihrer Wirtschaftsleistung – ein unglaublicher Betrag. Mit dem von Peer Steinbrück vorgelegten Papier legt die SPD nun als erste Partei ein Gesamtkonzept zur nachhaltigen Lösung der Krisenherde des Finanzsektors vor. Hierin wird unsere Forderung betont, frühzeitig eine **europaweite Finanztransaktionssteuer** einzuführen. Mit den Einnahmen aus der Steuer können zum Beispiel die dringend notwendigen Impulse für Wachstum, Beschäftigung und vor allem für den Kampf gegen die erschreckende Jugendarbeitslosigkeit in Europa gesetzt werden. Außerdem kann man damit für kommende Krisen im Bankensektor vorsorgen. Eben jene Vorsorge soll auch durch einen **europäischen Bankenrettungsfonds** erfolgen. Die Banken sollen insgesamt 200 Milliarden Euro selbst vorhalten, um strauchelnde Banken retten zu können. **Geschäfts- und Investmentbanken** sollen künftig **getrennt** werden. Denn es darf nicht zulasten der kleinen Sparer und Firmenkunden gehen, wenn sich Banken im Investmentbanking verspekulieren. Daneben müssen **gefährliche Finanzgeschäfte eingedämmt** werden, nämlich all die Transaktionen, die keinen Bezug zur Realwirtschaft haben, zum Beispiel Derivate, mit denen auf die Wertentwicklung künftiger Kurse gewettet wird. Hierzu zählt auch die **Eindämmung von Spekulationen an den Rohstoffmärkten**. Schließlich soll die **Europäische Zentralbank (EZB)** die **Aufsicht über große, systemrelevante Banken** übernehmen. Die Aufsicht über kleinere Institute wie Volksbanken oder Sparkassen soll nach unseren Vorstellungen bei den deutschen Finanzaufsichtsbehörden verbleiben.

Eben jene Finanzaufsicht ist auch Anstoß einer meiner großen Forderungen im finanziellen Verbraucherschutz: Die **Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)** muss auch im **Verbraucherinteresse tätig werden**. Bisher hat sie hierfür keinen eindeutigen Auftrag. Und ohne einen solchen Auftrag tut sie momentan auch nichts im Verbraucherinteresse. Neben der qualitativen Klarstellung muss die BaFin auch in ihrem **Anwendungsbe-**

reich erweitert werden. Während freie Finanzvermittler, -makler und -berater momentan von den Gewerbeämtern beaufsichtigt werden, obliegt die Aufsicht von Bankberaterinnen und Bankberatern der BaFin. Leider fehlt den meist unterbesetzten Gewerbeaufsichtsämtern in den meisten Fällen die personelle Ausstattung, um dieser Mammutaufgabe gerecht zu werden. Das ist ja auch völlig logisch: Wie soll sich jemand, der für die Beaufsichtigung aller möglichen Gewerbebetriebe zuständig ist mit hoch komplexen Bankprodukten auskennen? Es ist also offensichtlich, dass auch die **freien Finanzvermittler, -makler und -berater unter die Aufsicht der BaFin** gehören.

Doch wir wollen nicht alle Aufgaben auf die Aufsichtsbehörde verlagern. Ich bin vielmehr der Überzeugung, dass wir eine Stärkung der Verbraucherinteressen im nichtstaatlichen Bereich benötigen. Um bei Missständen angemessen reagieren zu können, müssen sich Verbraucher- und Wirtschaftsinteressen auf Augenhöhe begegnen. Ein Einzelner kann das nicht schaffen. Daher wollen wir einen **Finanzmarktwächter schaffen**. Hierzu sollen die Verbraucherzentralen ausgebaut werden, um den Markt im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher zu beobachten, unlautere Praktiken aufzuspüren, Hinweise systematisch zu erfassen und Missstände an die Aufsicht weiterzugeben. So schaffen wir es vollumfänglich, auch die Interessen der Nachfrageseite auf dem Finanzmarkt zu sichern.

Eine ganz konkrete Sache möchte ich noch ansprechen: Die Höhe der Dispozinsen. Alle paar Monate geht das Problem durch die Presse: Aktuell liegen Studien des Verbraucherschutzministeriums und der Stiftung Warentest vor, die feststellen, dass die Dispozinsen durchschnittlich deutlich über zehn Prozent liegen. Und das obwohl sich Banken zur Zeit so billig Geld leihen können, wie noch nie. Diese Differenz betrug vor der Finanzkrise noch 8 Prozent. Hier werden Geschäfte zulasten der Schuldnerinnen und Schuldner quersubventioniert. Das darf nicht sein. Daher wollen wir die **Dispozinsen auf acht Prozentpunkte über dem Basiszinsatz begrenzen**.

In all den dargestellten Punkten verharrt die schwarz-gelbe Regierung in einer Starre wie eine Schildkröte im Winter. Wie in einem Arbeitsverweigerungsreflex bittet sie die Banken, die Dinge selbst zu regeln. Das beste Beispiel hat Verbraucherschutzministerin Aigner hier geliefert: Noch vor der Sommerpause empört sie sich über die Praktiken der Banken. Im Herbst lädt sie diese zum Kaffeetrinken ein und im Herbst sieht sie keinen Regelungsbedarf mehr.

Wir brauchen einen Regierungswechsel!

Impressum

Herausgeber:

SPD OV Misburg
Sven Petters

Anschrift Redaktion SPD misburg aktuell:

Angelika Pluskota
Freidingstraße 3, 30559 Hannover
e-mail: angelika_pluskota@web.de
Telefon: (0511) 59 21 41
Internet OV Misburg: www.spd-misburg.de

Konto Ortsverein:

SPD OV Misburg
Konto Nr.: 173093-305
Postbank Hannover
BLZ: 250 100 30